

Frauen in Führungspositionen

[27.07.2021] Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) engagiert sich für mehr Geschlechtergerechtigkeit und unterstützt die jetzt erschienene FIT-Public Management-Studie 2021. Die von der Zeppelin Universität Friedrichshafen durchgeführte Studie untersucht die Entwicklung des Frauenanteils in Führungspositionen.

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) fördert erstmals die jetzt erschienene FIT-Public Management-Studie 2021 der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Seit vier Jahren beobachtet die Langzeitstudie die Entwicklung des Frauenanteils in Führungspositionen öffentlicher Unternehmen. Wie die AKDB mitteilt, unterstreicht sie mit Unterstützung der Studie das Engagement für das gesellschaftspolitisch wichtige Thema der Geschlechtergerechtigkeit, insbesondere in öffentlich-rechtlichen IT-Unternehmen.

„Internationale Forschungsergebnisse belegen: Unternehmen mit einem Frauenanteil von 30 Prozent in der Führungsetage haben eine um bis zu 20 Prozent höhere Rentabilität als Unternehmen ohne weibliche Führungskräfte“, sagt Gudrun Aschenbrenner, die seit 2018 Vorstandsmitglied der AKDB ist. „Dabei sind nicht nur Frauen in Vorstandspositionen wichtig, sondern auch im oberen und mittleren Management. Deshalb freuen wir uns als öffentlich-rechtliches IT-Unternehmen, dass die Diskussion der Gendergleichheit durch Studien wie diese nicht nur eine empirische Grundlage erhält, sondern auch die Sichtbarkeit, die sie verdient.“

Die AKDB berichtet, dass sie in ihren Recruiting-Kampagnen seit Jahren gezielt Frauen anspricht. Dies geschehe in dem Wissen, dass sich darunter auch die Managerinnen der Zukunft befinden. Seit Jahren treffe das Unternehmen aktiv entsprechende Besetzungsentscheidungen auf allen Management-Ebenen. 39 Prozent der Führungspositionen in der AKDB seien aktuell mit Frauen besetzt. Der Frauenanteil in der Geschäftsleitung betrage 22 Prozent.

Anstieg von Frauen im AKDB-Management

„Die Suche nach den Führungskräften von morgen fängt allerdings weit vor dem Recruiting an“, so Aschenbrenner. „Wir machen unter anderem beim bundesweiten Girls Day mit, bei dem wir Gymnasiastinnen für IT-Berufe begeistern wollen. Zudem sollten Frauen nicht mehr vor die Wahl gestellt werden: entweder Karriere oder Familie. Wenn die Gesellschaft den Wertewandel unterstützt, dann kommen die Quoten von alleine. Wir treiben bei der AKDB das Thema Diversität insgesamt voran. Zukunftsfähige Lösungen finden wir nur, wenn wir die verschiedenen Erfahrungen und Perspektiven unserer Mitarbeiter einbinden, sei es, weil sie aus verschiedenen Ländern kommen oder weil sie unterschiedliche Berufs- und Lebenserfahrungen haben.“ Die AKDB erklärt hierzu, dass sie derzeit Mitarbeitende aus 30 Nationen beschäftigt.

Professor Ulf Papenfuß, der an der Zeppelin Universität Friedrichshafen seit 2016 den Lehrstuhl für Public Management und Public Policy innehat, berichtet: „Die Diskussion um die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen ist besonders im öffentlichen Dienst zentral: Nicht nur weil öffentliche Unternehmen die gesellschaftlichen Verhältnisse bestmöglich widerspiegeln sollen, sondern auch weil sie eine Vorbildfunktion haben. Der Diskurs um die Gendergleichheit hat erhebliche Ausstrahlung auf die digitale Transformation im öffentlichen Sektor. Ich freue mich, dass bei dieser Studie Praxis und Wissenschaft zusammengewirkt haben. Für unser demokratisches Gemeinwesen sind Forschung und Lehre im Kontext

des Public Management an deutschen Universitäten ein wichtiger Zukunftsfaktor.“

Frauen in Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert

Laut AKDB sind in öffentlichen IT-Unternehmen Frauen in Top-Führungspositionen derzeit immer noch unterrepräsentiert. Die Studienergebnisse verzeichnen in der Branche Digitalisierung und IT einen Anteil weiblich besetzter Top-Management-Positionen von nur 1,9 Prozent.

Im kürzlich erschienenen Führungspositionengesetz II werden erstmalig explizit öffentliche Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes und Körperschaften des öffentlichen Rechts adressiert. Diese müssen künftig bei Vorständen mit mehr als zwei Mitgliedern mindestens eine Frau berufen. Die Regelung gehen über die Vorgaben für börsennotierte, paritätisch mitbestimmte Unternehmen der Privatwirtschaft hinaus. Dort seien erst Vorstände mit über drei Mitgliedern verpflichtet, eine Frau zu bestellen. Im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis 2025 50 Prozent der Führungspositionen von Frauen besetzt sein.

(th)

Die vollständige Studie steht hier zum Download bereit.

Stichwörter: Panorama, FIT-Public Management Studie, Zeppelin Universität Friedrichshafen, Geschlechtergerechtigkeit